

ZH_OBERGERICHT LA210045 vom 16. Mai 2022

ZH Obergericht, 2022-05-16, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/zh_obergericht_LA210045

FR: ZH_OBERGERICHT LA210045 du 16 mai 2022

IT: ZH_OBERGERICHT LA210045 del 16 maggio 2022

Erwägungen

E. 1

Die Klägerin und Berufungsklägerin (fortan Klägerin) war ab 5. August 2019 bei der Beklagten und Berufungsbeklagten (fortan Beklagte) im Vollzeitpensum unbefristet als "Senior Trust Officer" angestellt (Urk. 5/2 i.V.m. Urk. 11/12). Als Vergütung wurde ein Bruttojahresgehalt von Fr. 100'000.– vereinbart, zahlbar in 12 monatlichen Raten à Fr. 8'333.35. Der Bruttomonatslohn der Klägerin wurde per Dezember 2019 auf Fr. 9'400.– erhöht (Urk. 1 Rz. 4 und 5; Urk. 5/2; Urk. 5/5 und Urk. 8 Rz. 19). Mit Schreiben je vom 6. April 2020 kündigte die Beklagte das Arbeitsverhältnis mit der Klägerin unter Einhaltung der dreimonatigen Kündigungsfrist per 31. Juli 2020 und stellte die Klägerin per sofort frei (Urk. 1 Rz. 6; Urk. 5/6, /7; Urk. 8 Rz. 37). Für die Monate April 2020 und Mai 2020 erhielt die Klägerin weiterhin ihren vollen Lohn. Die Monatslöhne betreffend Juni 2020 und Juli 2020 wurden der Klägerin hingegen nicht mehr ausbezahlt, weil sie - nach Ansicht der Beklagten - für E._____ bzw. die F._____ FINANCIAL SERVICES AG arbeitstätig geworden sei (Urk. 1 Rz. 7 und Urk. 8 Rz. 37). Betreffend die umstrittenen Monatsbruttolöhne Juni und Juli 2020 im Gesamtbetrag von Fr. 18'800.– leitete die Klägerin mit Zahlungsbefehl vom 6. Oktober 2020 die Betreuung ein, wogegen die Beklagte Rechtsvorschlag erhob (Urk. 5/9). Hintergrund der vorliegenden Streitsache bildet ein (medienwirksamer) Führungswechsel, der Anfang 2020 bei der Beklagten stattgefunden hat. Dabei wurden die bisherigen Verwaltungsräte G._____, H._____ und I._____ abgewählt. Seither läuft ein Aktionärsstreit. Auslöser der Kündigung des Arbeitsverhältnisses mit der Klägerin war der Aktionärsstreit mit dem strittigen Wechsel der Führung

- 7 - bei der Beklagten. Dabei wurde insbesondere auch die direkte Vorgesetzte der Klägerin, J._____, nachdem sie selbst gekündigt hatte, von der Beklagten fristlos gekündigt (vgl. Urk. 1 S. 5; Urk. 8 S. 4 ff.; Urk. 14 S. 2 ff.; Urk. 49 S. 15; Urk. 56 S. 12).

E. 1.1

Im erstinstanzlichen Verfahren brachte die Klägerin vor, dass ihr nach der am 6. April 2020 erfolgten Kündigung per Ende Juli 2020 und Freistellung zu Unrecht für die Monate Juni und Juli 2020 kein Lohn ausbezahlt worden sei. Es stimme nicht, dass sie während ihrer Freistellung von Dritten Lohn bezogen habe, ausgenommen für die bewilligte Nebenbeschäftigung bei der L._____-Montagen GmbH. Strafrechtlich habe sie sich nichts zuschulden kommen lassen (Urk. 1 Rz.

E. 1.2

Demgegenüber behauptete die Beklagte vor Vorinstanz, die Klägerin habe während ihrer Freistellung für Personen rund um E._____ gearbeitet. Ein Lohnanspruch bestehe daher nicht. Ausserdem sei die Klägerin dringend verdächtig, Geschäftsgeheimnisse der

Beklagten weitergegeben und u.a. Aktienzertifikate entwendet zu haben. Eine Strafanzeige sei eingereicht (Urk. 8 Rz. 29, 32 f., 36; Urk. 11/3, /9-10; Prot. I S. 6).

E. 1.3

Die Vorinstanz erwog, unbestrittenermassen stehe der Klägerin in der Zeit der Freistellung bis zum Ablauf der Kündigungsfrist am 31. Juli 2020 der volle Lohn zu, sofern der Beklagten der Beweis eines Ersatzverdienstes während der Freistellung misslinge. Für diesen Beweis sei die Beklagte jedoch auf die Mitwirkung der Klägerin angewiesen, da sich sämtliche relevanten Informationen in deren Herrschaftsbereich befinden würden. Entsprechend sei der Beklagten mit Verfügung vom 7. Mai 2021 zwar der Hauptbeweis auferlegt, die Klägerin aber zugleich verpflichtet worden, sämtliche Kontoauszüge - der M.____ [Bank] und allfälliger weiterer Bankinstitute - für die Monate April bis Juli 2020 einzureichen. Nur anhand dieser Belege lasse sich durch das Gericht verifizieren, was für Geldmittel der Klägerin von Drittparteien allenfalls zugeflossen seien. Diese Verfügung sei unter ausdrücklichem Hinweis auf Art. 164 ZPO ergangen, wonach das Gericht Säumnis bei der Beweiswürdigung berücksichtige. Bei den von der Klägerin eingereichten Unterlagen handle es sich klarerweise nicht um die durch das Gericht verlangten Kontoauszüge (vgl. Urk. 29/1 [Original-Feststellungsurkunde von Notarin K.____ MLaw vom 28. Mai 2021, worin diese bestätigt, die zeitspezifischen Auszüge der drei auf die Klägerin lautenden Konten {Privat- und Sparkonto bei der M.____, Konto bei der N.____ [Bank]} gesichtet zu haben, und weiter bescheinigt, dass sich auf allen vorgelegten Kontoauszügen keine Zahlungseingänge von G.____, I.____, E.____, der O.____ AG, der P.____ AG sowie der Q.____ AG und sonstigen juristischen Personen befänden, ausgenommen fünf Zahlungseingänge von der L.____-Montagen GmbH sowie des Amtes R.____; Urk. 29/2 [Mitteilung der M.____] und Urk. 29/3-4 [Kontoauszug und Versicherungsausweis der SVA Aargau]). Das klägerische Vorgehen verunmögliche so nicht nur der Beklagten gezielte Bestreitungen bzw. Behauptungen zur Erbringung ihres Hauptbeweises. Auch dem Gericht werde die freie, gesetzlich vorgeschriebene

- 11 - Beweiswürdigung verunmöglicht (Art. 157 ZPO). Anstelle seiner eigenen Wahrnehmung habe es die in der notariellen Urkunde gezogenen Schlussfolgerungen - die dem Prozesstandpunkt der Klägerin entsprächen - als gleichsam gegeben und wahr zu werten. Etwas anderes könne dem eindeutigen Wortlaut des Dokuments nicht entnommen werden. Das gehe nicht an. Im Ergebnis müsste so nie mehr ein umfassendes Beweisverfahren durch das Gericht durchgeführt werden und könnte es extern delegiert werden. Abgesehen davon, greife die Klägerin mit ihrem Vorgehen in den numerus clausus an vorgeschriebenen Beweismitteln ein (Art. 168 ZPO), indem sie die eigentlich Beweis erbringenden Urkunden in einer neuen Urkunde zusammenfasse. Sodann gelte selbst der Wahrheitsgehalt von öffentlichen Urkunden nicht absolut, sondern unterliege einer vorzunehmenden Würdigung durch das Gericht (Art. 179 ZPO). Die notarielle Urkunde sei beweisuntauglich. Allein die verlangten Kontoauszüge wären beweisrelevant gewesen. Es sei nicht ersichtlich, weshalb die Klägerin ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachgekommen sei. Ihre pauschalen und nicht näher belegten Vorbringen, wonach die Auszüge schutzwürdige Angaben namentlich ihres Ehemanns enthielten, wären bei gehörigen Vorbringen allenfalls im Rahmen von Art. 156 ZPO (Schutzmassnahmen) zu hören gewesen. Eine Nachfrist zur Einreichung der Kontoauszüge sei bei anwaltlich vertretenen Parteien praxisgemäss nicht erforderlich. Die Klägerin verletze daher ihre Mitwirkungspflicht, was nach Art. 164 ZPO im Rahmen der freien Beweiswürdigung (Art. 157 ZPO) zu ihrem Nachteil zu würdigen sei. Vorliegend

seien aber auch die weiteren Bestreitungen der Klägerin ungenügend und teils widersprüchlich. Auch die übrigen eingereichten Urkunden enthielten keine genügenden Bestreitungen, welche den Prozessstandpunkt der Klägerin zu stützen vermöchten. Insbesondere der Kontoauszug der SVA Aargau vermöge nichts Relevantes zu belegen, zumal die Klägerin selbst ausgeführt habe, dass auch ihre damalige "neue Arbeitgeberin", die F._____ FINANCIAL SERVICES AG, "leider" noch überhaupt keine AHV-Beiträge abgeführt habe. Sodann sei auch die Arbeitstätigkeit der Klägerin für Personen, welche teilweise Wohnsitz im Ausland hätten und unter Umständen keine AHV-Beiträge in der Schweiz zu entrichten hätten, zum Beweis verstellt worden.

- 12 - Zusammenfassend überzeugten die klägerischen Behauptungen vor dem Hintergrund ihrer Mitwirkungsverweigerung nicht. Damit sei auf die nicht genügend widerlegten und für sich schlüssigen Tatsachenbehauptungen der Beklagten abzustellen (Art. 164 ZPO). Diese liessen nur den Schluss zu, dass die Klägerin während ihrer Freistellung für andere Arbeitgeber zum gleichen Lohn, den sie von der Beklagten erhalten hätte, tätig gewesen sei. Der Beklagten gelinge diesbezüglich der ihr auferlegte Hauptbeweis eines Ersatzverdienstes (Art. 324 Abs. 1 OR). Die Klage auf Bezahlung der Monatslöhne für Juni und Juli 2020 in der Höhe von Fr. 18'800.– sei demnach abzuweisen. Beweisrechtliche Weiterungen erübrigten sich damit, weil der Beklagten aufgrund der ungenügenden Bestreitungen und der Mitwirkungsverweigerung der Klägerin bereits der ihr obliegende Hauptbeweis gelinge (Urk. 50 S. 7-11).

E. 2

Mit Eingabe vom 26. November 2020 erhob die Klägerin bei der Vorinstanz unter Beilage der Klagebewilligung des Friedensrichteramtes der Stadt Zürich Kreise 1 und 2 vom 18. November 2020 rechtzeitig (vgl. Art. 209 Abs. 3 ZPO) Klage mit den eingangs erwähnten Rechtsbegehren (Urk. 1 und Urk. 3). Unterm 18. Januar 2021 erstattete die Beklagte fristwährend (vgl. Urk. 6 und Urk. 7/1) ihre Klageantwort mit dem eingangs zitierten Rechtsbegehren (Urk. 8). Am 3. Mai 2021 fand die Hauptverhandlung mit mündlicher Replik und Duplik und Novenstellungen statt (Prot. I S. 4 ff.; Urk. 14). Am 7. Mai 2021 erliess die Vorinstanz eine Beweisverfügung, worin u.a. die Klägerin sowie die F._____ FINANCIAL SERVICES AG verpflichtet wurden, dem Gericht diverse Unterlagen einzureichen (betreffend die Klägerin deren Kontoauszüge von April bis Juli 2020; Urk. 18). Die F._____ FINANCIAL SERVICES AG kam ihrer Verpflichtung mit Eingabe vom 19. Mai 2021 nach (Urk. 24 und Urk. 25). Die Klägerin reichte mit Zuschrift vom 8. Juni 2021 diverse Unterlagen ein, unter anderem eine Original-Feststellungsurkunde von Notarin MLaw K._____, Urkundsperson des Kantons Aargau, vom 28. Mai 2021 anstelle der verlangten Kontoauszüge (Urk. 27-29/1-4 sowie Urk. 31/5). Am 1. September 2021 wurde die Hauptverhandlung fortgesetzt und die Parteien hielten ihre Schlussvorträge (Prot. I S. 14 ff.). Mit Datum vom 9. November 2021 fällte die Vorinstanz das eingangs wiedergegebene Urteil (Urk. 46 = Urk. 50).

E. 2.1

Die Klägerin rügt mit ihrer Berufung, es liege keine Verweigerung der Mitwirkung nach Art. 164 ZPO vor. Im angefochtenen Urteil erkläre die Vorinstanz, die Klägerin sei gestützt auf die Beweisverfügung vom 7. Mai 2021 verpflichtet gewesen, ihre sämtlichen Kontoauszüge einzureichen. Damit setze sie sich aber in Widerspruch zu ihrer Beweisverfügung, wonach die Klägerin lediglich verpflichtet worden sei, die Kontoauszüge

betreffend Geldzahlungen der in Ziffer I genannten Personen und Gesellschaften an sie im Doppel einzureichen. Solche Zahlungseingänge hätten nicht stattgefunden, was die Notarin in ihrer Feststellungsurkunde vom 28. Mai 2021 bestätigt habe. Da keine Zahlungen von den genannten Personen und Firmen bei der Klägerin eingegangen seien, sei diese gestützt auf die gerichtliche Beweisverfügung nicht verpflichtet gewesen, Kontoauszüge einzureichen. Die Vorinstanz habe also nicht die Vorlage aller Kontoauszüge verlangt, sondern nur solche bezüglich der in der Beweisverfügung genannten Zahlungen. Damit habe die Klägerin nicht eine gerichtliche Anordnung verletzt, so dass, entgegen der Vorinstanz, keine Verletzung von Art. 164 ZPO vorliege. Damit erweise sich das zentrale Element der erstinstanzlichen Begründung als aktenwidrig und unrichtig. Zudem wäre eine Anordnung zur Einreichung sämtlicher Kontoauszüge der Klägerin einschliesslich gemeinsamer Konten mit ihrem Ehemann auch rechtswidrig gewesen. Weder arbeitsrechtlich noch prozessual gebe es dafür eine Rechtsgrundlage (Urk. 49 S. 6-8).

- 13 - Die Vorinstanz habe Art. 9 ZGB verletzt, indem sie die von ihr eingereichte notarielle Feststellungsurkunde vom 28. Mai 2021 als untaugliches Beweismittel erachtet und überhaupt nicht auf deren Inhalt abgestellt habe. Gestützt auf die Beweisverfügung vom 7. Mai 2021 habe die Klägerin keine Kontoauszüge vorlegen müssen. Sie sei jedoch daran interessiert gewesen, den direkten Gegenbeweis bezüglich der Behauptung der Beklagten anzutreten, ohne dazu die finanziellen Verhältnisse ihrer Familie gegenüber der Beklagten offenlegen zu müssen. Die notarielle Feststellungsurkunde decke alle in der Beweisverfügung genannten Personen ab. Sie gehe sogar noch weiter, indem bestätigt werde, dass in der fraglichen Zeit überhaupt keine Zahlungseingänge von Firmen stattgefunden hätten, ausgenommen der Zahlungen betreffend die L. _____-Montagen GmbH, für welche die Klägerin gelegentlich mit einem kleinen Pensum als Nebentätigkeit im Einverständnis ihrer Arbeitgeberin Büro- und Buchhaltungsarbeiten ausgeführt habe. Die notarielle Feststellungsurkunde erbringe als öffentliche Urkunde im Sinne von Art. 9 ZGB den vollen Beweis für die darin bezeugten Tatsachen, solange nicht der Gegenbeweis erbracht werde. Die Beklagte habe jedoch gerade keine Beweise vorgelegt, welche den Inhalt der öffentlichen notariellen Urkunde umzustossen vermöchten. Wenn die Vorinstanz der Notarin sinngemäss unterstelle, eine öffentliche Urkunde wahrheitswidrig ausgestellt zu haben, hätte diese sich strafbar machen und mit einem Disziplinarverfahren rechnen müssen. Mit der notariellen Feststellungsurkunde habe die Klägerin gestützt auf Art. 9 ZGB den Nachweis erbracht, dass sie keine Zahlungen von den von der Beklagten behaupteten Firmen oder Personen erhalten habe (Urk. 49 S. 8-12). Es treffe auch nicht zu, dass die Klägerin ihre Bestreitungspflicht verletzt habe. Die Vorinstanz verkenne den Unterschied zwischen Behauptungsverfahren und Beweisverfahren, wenn sie festhalte, auch die übrigen von der Klägerin eingereichten Urkunden enthielten keine genügenden Bestreitungen, die ihren Prozeßstandpunkt stützten. Die Klägerin habe insbesondere in der Replik klar und genügend vorgebracht, dass sie keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen sei. Die der Klägerin vorgeworfene Verletzung der Mitwirkung betreffe das Beweisverfahren. Selbst wenn sie gestützt auf die erstinstanzliche Beweisverfügung verpflichtet gewesen wäre, sämtliche Kontoauszüge einzureichen, so hätte sie mit der von ihr

- 14 - eingereichten notariellen Feststellungsurkunde ein gleichwertiges und zulässiges Beweismittel eingereicht (Urk. 49 S. 12 f.). Die Vorinstanz habe eine unrichtige Beweiswürdigung vorgenommen. Sie habe im Ergebnis nicht nur die Beweispflicht zu

Lasten der Klägerin bezüglich der von der Beklagten behaupteten Firmen und Personen umgedreht, sondern darüber hinaus von der Klägerin den Negativbeweis verlangt, dass sie keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen sei. Selbst wenn die Klägerin tatsächlich die gerichtliche Anordnung zur Vorlage der Kontoauszüge verletzt hätte und tatsächlich eine Pflicht der Arbeitnehmerin bestünde, ihre Kontoauszüge der Arbeitgeberin auf blosser Behauptung eines Ersatzeinkommens vorzulegen, so dürfe bei erfolgter Weigerung der Klägerin gestützt auf Art. 164 und Art. 157 ZPO nicht einfach vom Gegenteil ausgegangen werden. Auch in einem solchen Fall müsste eine Beweiswürdigung vorgenommen werden. Ein solche finde im vorinstanzlichen Urteil aber nicht statt. Vielmehr beschränke sich die Vorinstanz darauf, Argumente gegen die von der Klägerin eingereichten Urkunden vorzubringen, ohne etwas zu sagen, was für den Standpunkt der beweispflichtigen Beklagten spreche. Es fehlten auch Ausführungen, weshalb die Vorinstanz im Ergebnis zum Schluss komme, dass die notarielle Feststellungsurkunde wahrheitswidrig sein sollte (Urk. 49 S. 13 ff.). Auch die weiteren von der Vorinstanz im Rahmen der Beweiswürdigung aufgeführten Gründe (neues Arbeitsverhältnis der Klägerin mit der F. _____ FINANCIAL SERVICES AG seit dem 1. September 2020, Bescheinigung der AHV-Behörde, E-Mail von E. _____ vom 18. April 2020, Zeugenaussagen) seien ungeeignet, den Beweis zugunsten der Beklagten als erbracht zu beurteilen (Urk. 49 S. 15-19). Zusammengefasst entscheide die Vorinstanz, dass eine Arbeitnehmerin verpflichtet sei, ihre gesamten Kontoauszüge einschliesslich jener des Ehepartners auf blosser Behauptung der Arbeitgeberin vorzulegen und im Weigerungsfall ihren Lohnanspruch verliere. Dies sei mit der schweizerischen Rechtsordnung nicht zu vereinbaren. Nach Auffassung der Vorinstanz könne in einem solchen Fall nicht einmal das Vorlegen einer notariellen Bescheinigung diese Pflicht ersetzen. Es

- 15 - handle sich um eine wichtige Entscheidung des Obergerichts, wie weit die Offenlegungspflichten von arbeitnehmenden Personen gingen (Urk. 49 S. 21 f.).

E. 2.2

Die Beklagte lässt erwidern, auf die widersprüchlichen Behauptungen der Klägerin zu ihrer neuen Auffassung der Beweisverfügung vom 7. Mai 2021 sei nicht abzustellen. Vielmehr sei die Klägern auf ihrem ursprünglichen Verständnis der Beweisverfügung zu behaften, wonach sie sämtliche Kontoauszüge hätte einreichen sollen (und nicht nur jene bezüglich der in der Beweisverfügung genannten Zahlungen; Art. 52 ZPO), was sie nicht getan habe. Danach habe sie sich wissentlich und willentlich der Beweisverfügung widersetzt. Mit der Beweisverfügung könne offensichtlich nicht gemeint gewesen sein, dass im Falle von fehlenden Zahlungseingängen keine Kontoauszüge einzureichen gewesen seien. Der Passus "betreffend Geldzahlungen der in Ziffer I genannten Personen und Gesellschaften" erläutere denn auch lediglich den Kontext (Urk. 56 S. 7, 9). Die Beweisverfügung sei auch nicht rechtswidrig. Die Geltendmachung von Letzterem wäre im jetzigen Zeitpunkt ohnehin verspätet, vielmehr hätte die angebliche Verletzung des Arbeitsrechts und des Persönlichkeitsschutzes, als aus klägerischer Sicht nicht leicht wieder gutzumachende Nachteile, mit Beschwerde sofort gleich geltend gemacht werden müssen. Das Gesetz sehe sodann nirgends vor, dass eine Partei ein zur Abnahme bestimmtes Beweismittel nach eigenem Gusto ersetzen könne. Es kämen einzig die mittels Beweisverfügung zur Abnahme bestimmten, zugelassenen Beweismittel in Frage. Es wäre der Klägerin gegebenenfalls freigestanden, Schutzmassnahmen gemäss Art. 156 ZPO zu beantragen. Die Kontoauszüge seien vorliegend denn auch taugliche Beweismittel. Weiterer Voraussetzungen bedürfe es

nicht. Die prozessuale Obliegenheit zur Vorlage eines Beweismittels setze keine zivilrechtliche Herausgabepflicht voraus. Durch die Nichteinreichung der Kontoauszüge habe die Klägerin damit gegen eine rechtmässige Beweisverfügung verstossen und Art. 164 ZPO verletzt (Urk. 56 S. 9 f.). Art. 9 ZGB sei gar kein Thema, weil sich die Würdigung des Gerichts einzig auf die in der Beweisverfügung bezeichneten zugelassenen Beweismittel beziehe. Eine Delegation der gerichtlichen Würdigung an externe Institutionen sei nicht zulässig. Andernfalls wäre die freie gerichtliche Beweiswürdigung sinnentleert. In

- 16 - der Beweisverfügung sei eine öffentliche Urkunde nicht aufgeführt. Entsprechend habe die Vorinstanz den von der Klägerin eigenmächtig gewählten Ersatz für ein zugelassenes Beweismittel zu Recht nicht gewürdigt. Sollte wider Erwarten die öffentliche Urkunde vom Gericht berücksichtigt werden, so wäre sie als Beweis untauglich, da sie dem Gericht nicht einmal ansatzweise die gebotene Würdigung erlaube (Urk. 56 S. 10 f.). Selbst wenn die neuen tatsächlichen Behauptungen der Klägerin zu hören wären, so würden ihre Ausführungen einzig den Eindruck bestätigen, dass der eingereichte Arbeitsvertrag mit der F. _____ FINANCIAL SERVICES AG für das vorliegende Verfahren konstruiert worden sei und mutmasslich auf einem strafrechtlich relevanten Verhalten beruhe. Entsprechend sei so oder anders nicht glaubhaft, dass der vorgelegte Arbeitsvertrag die tatsächlichen Absprachen richtig wiedergebe. Die Umstände wiesen vielmehr darauf hin, dass die tatsächliche Vereinbarung zwischen der Klägerin und der F. _____ FINANCIAL SERVICES AG eine Abgeltung für zuvor erbrachte Arbeitsleistung vorsehe. Die Vorinstanz sei daher zu Recht zum Schluss gelangt, dass der eingereichte Arbeitsvertrag die Tatsachenbehauptungen der Beklagten nicht genügend zu widerlegen vermöge (Urk. 56 S. 12 f.). Wenngleich die im Berufungsverfahren nachgereichte AHV-Bescheinigung novellrechtlich zulässig wäre, wäre diese kein taugliches Beweismittel dafür, dass in den Monaten April bis Juli 2020 kein Ersatzeinkommen erwirtschaftet worden sei (Urk. 56 S. 13). Die Klägerin verhalte sich widersprüchlich, wenn sie mit ihrer Eingabe vom 4. November 2021 vor Vorinstanz in Kenntnis der abgenommenen Beweise und insbesondere der von der Beklagten gerügten Mitwirkungsverweigerung beantragt habe, dass in Wiedererwägung der Beweisverfügung vom 7. Mai 2021 auf die Befragung der Zeugen zu verzichten sei oder die Zeugen schriftlich zu befragen seien, und nunmehr im Berufungsverfahren genau das Gegenteil beantrage (Urk. 56 S. 14). Die vorinstanzliche Beweiswürdigung sei rechtmässig erfolgt. Es sei zu Recht auf die schlüssigen Tatsachenbehauptungen der Beklagten abgestellt worden, nachdem die Klägerin ihre Mitwirkung verweigert habe. Damit sei der Beklagten der ihr

- 17 - auferlegte Hauptbeweis eines Ersatzverdienstes der Klägerin gelungen. Die Klägerin verkenne, dass es vorliegend nicht um "Offenlegungspflichten von Arbeitnehmenden" gehe, sondern um die gerichtliche Beweiswürdigung bei Mitwirkungsverweigerung, welche korrekt erfolgt sei (Urk. 56 S. 14 f.).

E. 3

Mit der Berufung kann eine unrichtige Rechtsanwendung und eine unrichtige Feststellung des Sachverhalts geltend gemacht werden (Art. 310 ZPO). Die Berufungsinstantz verfügt über unbeschränkte Kognition bezüglich Tat- und Rechtsfragen, einschliesslich der Frage richterlicher Ermessensausübung (Angemessenheitsprüfung; BGer 5A_184/2013 vom 26. April 2013, E. 3.1). Zwar prüft die Berufungsinstantz nicht nur die geltend gemachten Rügen (Rügeprinzip). Die Berufungsklägerin hat sich aber mit der Begründung des

erstinstanzlichen Entscheids auseinanderzusetzen; das Gericht muss den angefochtenen Entscheid nicht von sich aus auf Mängel untersuchen, es sei denn, der Sachverhalt sei geradezu willkürlich festgestellt worden oder das Recht sei geradezu willkürlich angewandt worden (Reetz/Theiler, in: Sutter-Somm et. al., ZPO Komm., Art. 311 N 36). Aufgrund der umfassenden Überprüfungsbefugnis ist die Berufungsinstanz nicht an die mit den Rügen vorgebrachten Argumente oder an die Erwägungen der Vorinstanz gebunden, sie kann die Berufung auch mit abweichenden Erwägungen

- 9 - gutheissen oder abweisen (vgl. Reetz/Theiler, a.a.O., Art. 310 N 6; BGE 142 III 413 E. 2.2.4; BGE 147 III 176 E. 4.2.1).

E. 3.1

Während der Freistellung hat der Arbeitnehmer Anspruch auf den vollen Lohn, wobei er sich einen Ersatzverdienst anrechnen lassen muss (Art. 337c Abs. 2 bzw. Art. 324 Abs. 2 OR). Der Arbeitgeber hat das Vorhandensein und die Höhe des Ersatzverdienstes zu beweisen, wobei dem Arbeitnehmer nach Treu und Glauben die Mitwirkung bei der Beweiserhebung obliegt (Urk. 50 S. 6 m.H.). Ein Beweisverfahren hat stattzufinden, wenn rechtserhebliche streitige Tatsachen vorliegen und die beweisbelastete Partei form- und fristgerecht taugliche Beweismittel angeboten hat (Art. 150 Abs. 1 und Art. 152 Abs. 1 ZPO). Ist ein Beweisverfahren durchzuführen, so hat vor der Beweisabnahme die von Art. 154 ZPO obligatorisch vorgesehene Beweisverfügung des Gerichts zu ergehen (vgl. BGer 5A_503/2017 vom 14. Mai 2018, E. 3.2). Das Gericht hat dort die zugelassenen Beweismittel zu bezeichnen und darüber zu bestimmen, welcher Partei zu welchen Tatsachen der Haupt- oder der Gegenbeweis obliegt. Da die Beweisverfügung mithin sowohl den Beweisgegenstand als auch die Beweismittel festlegt, steckt sie damit gleichzeitig auch die Thematik der Schlussvorträge der Parteien gemäss Art. 232 ZPO ab, jedenfalls soweit die Parteien dort zum Beweisergebnis Stellung zu nehmen haben. Dort, wo das Gericht prozessrechtskonform gestellte Beweisanträge übergeht, hat es die Begründung für sein Vorgehen mit dem Entscheid zu liefern. Grundsätzlich sind aber (unter dem Vorbehalt zulässiger antizipierter Beweiswürdigung) alle prozesskonform beantragten Beweismittel zu berücksichtigen, sofern nicht aufgrund späterer Ausführungen der Parteien von ihrem Verzicht auf die Abnahme bestimmter Beweismittel auszugehen ist (ZR 115/2016 Nr. 45, E. 3.5 m.H.). Im Falle objektiver Beweisnot für eine nicht strikt beweisbare Tatsache kann das Gericht allenfalls eine Mitwirkungspflicht des Prozessgegners in Form einer Gegenbeweispflicht anordnen oder sich mit einem tieferen Beweismass zufrieden geben (Christian Leu, DIKE-Komm-ZPO, Art. 157 N 86; F. Hasenböhler, in: Sut-

- 18 - ter-Somm/Hasenböhler/Leuenberger, ZPO Komm., Art. 157 N 28 f.). Bestehen indessen lediglich Beweisschwierigkeiten z.B. wegen fehlender Beweismittel der beweisbelasteten Partei, so ändert dies an der Beweislastverteilung und am Beweismass nichts (BSK ZGB I-Lardelli, Art. 8 N 71; Staehelin/Staehelin/Grolimund, Zivilprozessrecht, 2. A., § 18 Rz. 40 a.E.). Das Verhalten einer Partei im Prozess und die unberechtigte Verweigerung der Mitwirkung bei der Beweisführung der Gegenpartei im Prozess ist grundsätzlich bei der richterlichen Beweiswürdigung zu berücksichtigen (Art. 164 ZPO). Eine Verletzung der prozessualen Mitwirkungspflicht gilt in der Regel als Indiz für die Richtigkeit der mit dem betreffenden Beweismittel zu beweisenden Tatsache, ist aber stets im Zusammenhang auch mit den weiteren vorhandenen Beweismitteln zu würdigen. Sie führt nicht unbeschweren zu einer Wahrunterstellung der zu beweisenden

Tatsache (P. Higi, DIKE- Komm-ZPO, Art. 164 N 4 ff.; F. Hasenböhler, a.a.O., Art. 164 N 6; BK ZPO- Rüetschi, Art. 164 N 5 ff.; M. Berni, Stämpflis Handkommentar, ZPO 164 N 7; Staehelin/Staehelin/Grolimund, a.a.O., § 18 Rz. 82). Das Recht auf Beweis (Art. 152 ZPO) wird durch die Aufzählung der zulässigen Beweismittel in Art. 168 ZPO konkretisiert: Als Teilaspekt des Anspruchs auf rechtliches Gehör steht den Parteien zum Nachweis rechtserheblicher, streitiger Tatsachen (Art. 150 ZPO) ein Rechtsanspruch auf die Benützung der in Art. 168 Abs. 1 ZPO genannten Beweismittel zu, sofern diese tauglich sind sowie form- und fristgerecht bezeichnet werden (Weibel/Walz, in: Sutter-Somm/Hasenböhler/Leuenberger, ZPO-Komm., Art. 168 N 6). Der Indizienbeweis bezieht sich nicht auf die Beweismittel, sondern auf die Art der Beweisführung und wird mit den gleichen Beweismitteln erbracht wie der direkte Beweis. Aus Sicht des Gerichts bildet die mittelbare Beweisführung durch Indizien eine Frage der Beweiswürdigung (BSK ZPO-Hafner, Art. 168 N 3). Ein Beweismittel ist nur dann als formgerecht angeboten zu betrachten, wenn sich die Beweisofferte eindeutig der damit zu beweisenden Tatsachenbehauptung zuordnen lässt und umgekehrt. Die Behauptungen und Beweisanträge sind entsprechend zu verknüpfen bzw. zu verbinden. Es muss für das Gericht und die Gegenpartei ersichtlich sein, welche Beweismittel zu welchen Tatsachen angerufen werden. Die Nichtabnahme von Beweisen, die nicht rechtzeitig beantragt werden oder zu denen nicht sub-

- 19 - stantiiert ausgeführt wird, welche Tatsachen damit bewiesen werden sollen, verstösst nicht gegen das Recht auf Beweis (BSK ZPO-Hafner, Art. 168 N 16a). Die im konkreten Fall zugelassenen Beweismittel werden in einer oder mehreren Beweisverfügungen bezeichnet, die bei Bedarf der Abänderung oder Ergänzung unterliegen (Art. 154 ZPO; BSK ZPO-Hafner, Art. 168 N 20). Verweigert eine Partei die Edition eines bestimmten Dokuments, obwohl feststeht, dass es in ihrem Besitz ist, wird regelmässig anzunehmen sein, dass es den von der Gegenpartei behaupteten Inhalt aufweist. Das Bundesgericht sieht in Art. 164 ZPO keine Vorgaben, welche Schlüsse das Gericht bei der Beweiswürdigung aus einer Mitwirkungsverweigerung ziehen soll. Insbesondere sei nicht vorgeschrieben, dass das Gericht ohne weiteres auf die Wahrheit der Tatsachenbehauptungen der Gegenpartei schliesse. Der Umstand der unberechtigten Mitwirkungsverweigerung solle bei der freien Beweiswürdigung nach Art. 157 ZPO einfließen. Die Weigerung solle sich zwar zu Ungunsten der sich weigernden Partei auswirken, der Nachteil dürfe aber nicht weitergehen als notwendig (BSK ZPO-Schmid, Art. 164 N 2 m.H. auf BGE 140 III 264 E. 2.3).

E. 3.2

a) Gemäss der vorinstanzlichen Beweisverfügung vom 7. Mai 2021 wurde der Beklagten zu Recht der Hauptbeweis dafür auferlegt, dass die Klägerin ab April 2020 bis Juli 2020 zu einem Monatslohn von mindestens Fr. 9'400.– brutto für G._____, I._____, E._____ oder von Letzterem direkt oder indirekt beherrschte Gesellschaften, wie namentlich die O._____ AG, P._____ SA oder die Q._____ AG arbeitete (Urk. 18 S. 2, Ziffer I). Zum Beweis dieser Tatsache hatte die Beklagte im Rahmen der Duplik u.a. "die Edition der Auszüge sämtlicher Bankkonten der Klägerin für die Periode April 2020 bis August 2020 offeriert (Prot. I S. 7). Entsprechend wurde in der Beweisverfügung als Hauptbeweismittel der Beklagten u.a. die "Edition Bankunterlagen durch die Klägerin von April bis Juli 2020" zugelassen (Urk. 18 S. 2, Ziffer I). Gemäss Ziffer II der Beweisverfügung wurde die Klägerin sodann verpflichtet, "dem Gericht ihre sämtlichen Kontoauszüge - M._____ und allfällige weitere

Bankinstitute - für die Monate April bis Juli 2020 betreffend Geldzahlungen der in Ziffer I genannten Personen und Ge-

- 20 - sellschaften an sie im Doppel einzureichen". Bei Säumnis wurde die Würdigung gemäss Art. 164 ZPO angedroht (Urk. 18 S. 2). Mit dieser Formulierung in der Beweisverfügung kann, entgegen dem ungünstig gewählten Wortlaut, unter Berücksichtigung des Gesamtzusammenhangs, insbesondere der Beweisofferte und der vorinstanzlichen Umschreibung der Hauptbeweismittel in Ziffer I, nach Treu und Glauben (Art. 52 ZPO) offensichtlich nicht gemeint gewesen sein, dass im Falle von (angeblich) fehlenden Zahlungseingängen überhaupt keine Kontoauszüge einzureichen gewesen seien, wie die Klägerin neu vorbringen lässt. Der Passus "betreffend Geldzahlungen der in Ziffer I genannten Personen und Gesellschaften" erläutert lediglich den Kontext, zumal es gerade dem Gericht obliegt, nach eigener Sichtung der Kontoauszüge festzustellen, ob solche Zahlungen flossen oder eben nicht. Alles andere ergäbe keinen vernünftigen Sinn. Die Klägerin hat die Beweisverfügung im Übrigen ursprünglich ebenfalls dahingehend verstanden, dass sämtliche Kontoauszüge einzureichen bzw. Zahlungen und getätigten Transaktionen offenzulegen seien, und die gerichtliche Aufforderung (im Nachhinein) gerade deshalb für unzulässig befunden (vgl. Urk. 27 S. 2 [Beweisantragungsschrift vom 8. Juni 2021]). Darauf ist sie zu behaften und kann nun nicht im Berufungsverfahren damit im Widerspruch stehend von einem wörtlichen, sinnwidrigen Verständnis der Beweisverfügung ausgehen (Art. 52 ZPO). Indem die Klägerin die geforderten Kontoauszüge bewusst nicht einreichte, hat sie ihre Mitwirkungspflicht verletzt, was die Vorinstanz gestützt auf Art. 164 ZPO (Verweigerung der Mitwirkung) entsprechend zu würdigen hatte. Wenn die Klägerin einwendet, die Anordnung, sämtliche Kontoauszüge einzureichen, einschliesslich der gemeinsamen Konti mit dem Ehemann, sei rechtswidrig, zumal keine entsprechende arbeitsrechtliche oder prozessuale Pflicht bestehe, dringt sie damit nicht durch. Diese prozessuale Editionspflicht im konkreten Zusammenhang mit der behaupteten Erzielung eines Ersatzverdienstes während der Freistellungsdauer ist verhältnismässig, angemessen und zulässig. Eine entsprechende arbeitsrechtliche Herausgabepflicht ist nicht erforderlich. Solches kann denn auch nicht dahingehend verallgemeinert werden, dass ein Arbeitneh-

- 21 - mer dem Arbeitgeber stets alle seine Konti offenlegen müsse, was der schweizerischen Rechtsordnung widerspräche. Den klägerischen Befürchtungen betreffend Offenlegung der finanziellen Verhältnisse ihres Ehemannes hätte, worauf die Vorinstanz zutreffend hinwies (Urk. 50 S. 9), mit der Beantragung von Schutzmassnahmen gemäss Art. 156 ZPO gebührend Rechnung getragen werden können. Zu Recht weist sodann die Beklagte darauf hin, dass die Klägerin eine allfällige Verletzung des Persönlichkeitsschutzes durch die ihr auferlegte Edition als ihrer Ansicht nach nicht leicht wiedergutzumachenden Nachteil nach Erhalt der Beweisverfügung vom 7. Mai 2021 sogleich innert zehn Tagen mit Beschwerde hätte geltend machen können (vgl. Art. 319 lit. b Ziff. 2 ZPO). b) In der Beweisverfügung vom 7. Mai 2021 wurde die Klägerin einzig zur Einreichung ihrer sämtlichen Kontoauszüge verpflichtet (Urk. 18 S. 2). Eine notarielle Feststellungsurkunde als öffentliche Urkunde (vgl. Art. 9 ZGB und Art. 179 ZPO), wie sie die Klägerin in der Folge eigenmächtig, offenbar als Ersatz für die verlangten Kontoauszüge, beibrachte (vgl. Urk. 27 und Urk. 29/1), war als Beweismittel nicht vorgesehen und von der Klägerin im Rahmen der Klagebegründung und Replik auch nicht als Beweismittel eingereicht (Realproduktion) bzw. offeriert worden (vgl. Urk. 1, Urk. 4

und Urk. 5/2-9; Urk. 14, Urk. 15 und Urk. 16/11). Mangels regelkonformer Einbringung der notariellen Feststellungsurkunde in das Beweisverfahren, wobei die Klägerin eine solche nicht einmal behauptet, war die Vorinstanz daher nicht gehalten, diese Feststellungsurkunde zu würdigen, weshalb eine (allfällige) Verletzung von Art. 9 ZGB und Art. 179 ZPO (erhöhte Beweis kraft öffentlicher Urkunden), wie die Beklagte zu Recht vorträgt, überhaupt nicht zu thematisieren ist. Zudem stellte die Vorinstanz auch in materieller Hinsicht zutreffend fest, dass es sich bei der notariellen Feststellungsurkunde vom 28. Mai 2021 (Urk. 29/1) um ein untaugliches Beweismittel handelt. Es ist mit Blick auf die freie richterliche Beweiswürdigung (Art. 157 ZPO) nicht zulässig, diese im Ergebnis an eine Urkundsperson des Kantons Aargau zu delegieren, welche die eingeforderten Urkunden (Kontoauszüge) gesichtet und ihre Schlussfolgerungen gezogen hat. Solches blieb allein der Vorinstanz vorbehalten.

- 22 - Die notarielle Feststellungsurkunde datiert vom 28. Mai 2021 (Urk. 29/1). In ihrer innert erstreckter Frist (vgl. Urk. 23) erstatteten Beweisantrittsschrift vom

E. 4

Im Berufungsverfahren sind neue Vorbringen nur noch unter den Voraussetzungen von Art. 317 Abs. 1 ZPO zulässig. Danach sind neue Tatsachen und Beweismittel nur noch zu berücksichtigen, wenn sie - kumulativ - ohne Verzug vorgebracht werden (lit. a) und trotz zumutbarer Sorgfalt nicht schon vor erster Instanz vorgebracht werden konnten (lit. b). Dabei hat, wer sich auf (insbesondere unechte) Noven beruft, deren Zulässigkeit darzutun (vgl. BGer 5A_330/2013 vom 24. September 2013, E. 3.5.1; BGer 5A_266/2015 vom 24. Juni 2015, E. 3.2.2., je m.w.H.). Dies gilt insbesondere auch für das vorliegende arbeitsrechtliche Verfahren, welches der (sozialen) Untersuchungsmaxime untersteht, denn eine analoge Anwendung von Art. 229 Abs. 3 ZPO ist im Berufungsverfahren abzulehnen, da die im Gesetz eigens vorgesehene Regelung von Art. 317 ZPO vorgeht (BGE 138 III 625 E. 2.2; BGE 142 III 413 E. 2.2.2). Eine Ausnahme gilt einzig im Bereich des strengen Untersuchungsgrundsatzes bei Kinderbelangen (vgl. BGE 144 III 349 E. 4.2.1). Rechtliche Ausführungen stellen keine Noven dar (BGer 4A_519/2011 vom 28. November 2011, E. 2.1). Das Berufungsgericht soll zwar den erstinstanzlichen Entscheidung umfassend überprüfen, nicht aber alle Sach- und Rechtsfragen völlig neu aufarbeiten und beurteilen. Das Berufungsverfahren steht gewissermassen auf den Schultern des erstinstanzlichen Entscheides und dient nicht dazu, dass die Parteien Versäumtes nachbessern können. Alles, was relevant ist, ist deshalb bereits in das erstinstanzliche Verfahren einfließen zu lassen (Reetz/Hilber, a.a.O., Art. 317 N 31). C. Lohnanspruch während der Freistellung

E. 7

und 13; Prot. I S. 15).

- 10 -

E. 8

Juni 2021 liess die Klägerin im Übrigen nicht etwa eine Abänderung bzw. Ergänzung der Beweisverfügung verlangen (Urk. 27 S. 2; vgl. Art. 154 Satz 3 ZPO). Vielmehr kritisierte sie diese, wie erwähnt, als aus Gründen ihres (familiären) Persönlichkeitsschutzes unzulässig und brachte eigenmächtig ersatzweise ein im Rahmen der Beweisverfügung nicht zugelassenes Beweismittel in Gestalt der notariellen Feststellungsurkunde bei. Ein

solches Vorgehen ist in der Zivilprozess- ordnung nicht vorgesehen. Im Rahmen des vorliegenden Strengbeweises (im Gegensatz zum Freibeweis etwa in Kinderbelangen) ist das Gericht an die ge- setzlich vorgesehenen Beweismittel und die hierfür vorgeschriebene Form der Beweisabnahme gebunden (BSK ZPO-Hafner, Art. 168 N 1). Namentlich darf das Gericht nur die im Rahmen der Beweisverfügung zugelassenen Beweismittel würdigen. c) Die Vorinstanz erachtete die weiteren Bestreitungen der Klägerin zutreffend für ungenügend bzw. teils widersprüchlich (vgl. Urk. 50 S. 9 f. m.H.). So deponier- te die Klägerin anlässlich der Hauptverhandlung vom 3. Mai 2021, dass sie über keinen neuen Arbeitsvertrag mit der F._____ FINANCIAL SERVICES AG verfüge, wobei eben diese einen auf den 1. September 2020 datierten, von den Beteiligten an diesem Datum unterzeichneten Arbeitsvertrag mit der Klägerin beibrachte (Prot. I S. 4 [Protokollnotiz], S. 18; Urk. 25). Laut diesem Arbeitsvertrag trat die Klägerin die Stelle sodann per August 2020 an, während sie in ihrer Replik von einem Stellenantritt per September 2020 sprach (Urk. 14 S. 8 Rz. 22; Urk. 25 Ziff. 3 Abs. 1). Am Schluss des ersten Teils der Hauptverhandlung vom 3. Mai 2021 erklärte die Klägerin sodann auf richterliches Nachfragen explizit, bloss ein Bank- konto bei der Zürcher Kantonalbank zu haben (Prot. I S. 9 [Protokollnotiz]), wäh- rend sie laut der notariellen Feststellungsurkunde vom 28. Mai 2021 offenbar über zwei Konti bei der M._____ (Privat- und Sparkonto) sowie ein Konto bei der N._____ verfügt (Urk. 29/1). Mit ihrer Bemerkung, wonach auch die übrigen (von der Klägerin) eingereichten Urkunden keine genügenden "Bestreitungen" enthiel- ten (Urk. 50 S. 10, Ziffer 3.10), scheint die Vorinstanz zwar das Behauptungs- und Beweisverfahren zu vermengen, allerdings würdigte sie die fraglichen Urkunden

- 23 - (Kontoauszug der SVA Aargau per 19.05.2021 [Urk. 29/3] und E-Mail von E._____ vom 18. April 2020 [Urk. 11/8]) in der Folge zu Recht als Beweismittel und nicht etwa als Behauptungen. Daraus kann die Klägerin im Ergebnis somit nichts zu ihren Gunsten ableiten. d) Wie eingangs erwähnt, gilt eine Verletzung der prozessualen Mitwirkungs- pflicht (Art. 164 ZPO) in der Regel als Indiz für die Richtigkeit der mit dem betref- fenden Beweismittel zu beweisenden Tatsache, ist aber stets im Zusammenhang auch mit den weiteren vorhandenen Beweismitteln zu würdigen. Sie führt nicht unbesehen zu einer Wahrunterstellung der zu beweisenden Tatsache. Die Vorinstanz würdigte, wie gesehen, die Bestreitungen der Klägerin, welche sie zu Recht für teils widersprüchlich und ungenügend befand. Zusammenfassend hielt die Vorinstanz fest, dass die klägerischen Bestreitungen vor dem Hintergrund ihrer Mitwirkungsverweigerung nicht überzeugen würden. Damit sei auf die nicht genügend widerlegten und für sich schlüssigen Tatsachenbehauptungen der Be- klagten abzustellen (Art. 164 ZPO). Diese liessen nur den Schluss zu, dass die Klägerin während ihrer Freistellung für andere Arbeitgeber zum gleichen Lohn, den sie von der Beklagten erhalten habe, tätig gewesen sei, womit der Beklagten diesbezüglich der ihr auferlegte Hauptbeweis eines Ersatzverdienstes gelinge (Urk. 50 S. 10). Von einer Umkehr der Beweislast kann, entgegen der pauschalen Behauptung der Klägerin, nicht die Rede sein. Es wurde von der Klägerin auch kein Negativbeweis verlangt, dass sie keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen sei. Sie hätte einzig die verlangten Bankkontoauszüge einreichen sollen, was sie nicht getan hat. Die Vorinstanz hat nicht einfach auf die Angaben der Beklagten abgestellt, sondern sehr wohl eine Beweiswürdigung vorgenommen. Die Angaben der Beklagten wurden dabei für schlüssig befunden, allerdings ohne nähere Begründung. Dies ist vorliegend nachzuholen. Die Beklagte liess vor Vorinstanz insbesondere ausführen, aus der u.a. an die Klägerin gesandten E-Mail von E._____ vom 18. April 2020 erbege sich eindeutig, dass die Klägerin mit dem ehemaligen Management

der Beklagten zusammen- arbeitet habe, obschon ihr das mit E-Mail des neuen Geschäftsführers der Be-

- 24 - klagten und zugleich neuen Vorgesetzten der Klägerin Dimitar Jauch vom 2. April 2020 ausdrücklich untersagt worden sei. In diesem Zusammenhang bestehe auch der begründete Verdacht, dass die Klägerin Geschäftsgeheimnisse der Beklagten weitergegeben habe. Zudem seien aus dem von der Klägerin betreuten Dossier des F'._____ Family Trust originale Aktienzertifikate und Aktienregister ver- schwunden. Nunmehr sei die Klägerin seit der Gründung der F._____ FINANCIAL SERVICES AG im September 2020 für diese als Senior Trust Officer tätig. Zu- sammenfassend sei also festzuhalten, dass die Klägerin heute als Angestellte mit dem Titel Trust Officer für die F._____ FINANCIAL SERVICES AG für die betref- fenden Personen tätig sei, die im Besitz der fehlenden Aktienzertifikate seien, wo- bei sie Zugang zu den Aktienzertifikaten gehabt habe und bereits im April 2020 eindeutig für diese Personen tätig geworden sei. Für die Monate Juni und Juli 2020 schulde die Beklagte keine Lohnzahlung an die Klägerin, weil diese ab Juni 2020 für E._____ tätig geworden sei, nach der Gründung dann für die F._____ FINANCIAL SERVICES AG. Die Klägerin müsse sich ihren Verdienst anrechnen lassen, der mindestens so viel betragen habe, wie sie als Lohn von der Beklagten zugute gehabt habe. Weil sich die Höhe des Ersatzverdienstes der Kenntnis der Beklagten entziehe, habe die Klägerin diese durch Vorlage der Lohnabrechnun- gen bzw. ihrer Kontoauszüge darzulegen (Urk. 8 S. 6, 8 ff.; Urk. 11/6, /8). Die Darstellung der Beklagten erscheint mit der Vorinstanz schlüssig. Insbeson- dere die E-Mail von E._____ vom 18. April 2020 bildet dabei ein klares Indiz, dass die Klägerin, deren Tätigkeitsgebiet in der Betreuung von internationalen Gesell- schaften bestand (vgl. Urk. 14 S. 8 Rz. 23), bereits im April 2020 während ihrer Freistellung für diesen tätig war, nachdem dort festgehalten wurde, dass die Klä- gerin den Beschluss des Trusts als Aktionär habe aufsetzen können und danach die Anwälte in Panama die neuen Direktoren im Handelsregister eintragen lassen könnten (Urk. 11/8). Auch mit dem am 1. September 2020 von der Klägerin mit der F._____ FINANCIAL SERVICES AG geschlossenen Arbeitsvertrag (Urk. 25) können die Behauptungen der Beklagten nicht widerlegt werden. In diesem Zu- sammenhang hilft der Klägerin insbesondere auch die Bestätigung von G._____ (Verwaltungsratspräsident der F._____ FINANCIAL SERVICES AG) und S._____ (Verwaltungsratsmitglied der F._____ FINANCIAL SERVICES AG) nicht weiter,

- 25 - wonach die Klägerin in den Monaten April bis Juli 2020 nicht für die F._____ FI- NANCIAL SERVICES AG tätig gewesen sei (Urk. 24), nachdem diese Firma erst per 9. September 2020 gegründet worden war (vgl. Urk. 16/12). Solches schliesst eine Tätigkeit der Klägerin im Juni und Juli 2020 insbesondere für G._____, I._____ und/oder E._____ gerade nicht aus. Mit der Vorinstanz ist auch aufgrund der von der Klägerin beigebrachten Konto- auszüge der SVA Aargau (allein) nicht etwa auf einen fehlenden Ersatzverdienst der Klägerin zu schliessen (Urk. 50 S. 10). Die AHV-Zahlungen der Beklagten und der F._____ FINANCIAL SERVICES AG betreffend das Jahr 2020 erfolgten vor- liegend verzögert (vgl. Urk. 27 S. 3; Urk. 29/3). Zudem haben die Personen, für welche die Klägerin arbeitstätig gewesen sein soll, teils Wohnsitz im Ausland (Urk. 18 S. 2 f. i.V.m. Urk. 22 S. 1), weshalb die Klägerin allenfalls selber abrech- nungspflichtig war. Beitragslücken bei der AHV sind notorisch und können bis zu fünf Jahre nachbezahlt werden (vgl. Art. 16 Abs. 1 AHVG [SR 831.10]). Auch mit dem im Nachgang zur Berufung eingereichten aktualisierten Auszug der SVA Aargau per 13. Dezember 2021 (Urk. 53/3 und Urk. 53A),

woraus nunmehr betreffend das Jahr 2020 Beitragszahlungen der Beklagten und der F._____ FINANCI-AL SERVICES AG ersichtlich sind (Urk. 53/3), vermag die Klägerin mithin die schlüssigen Angaben der Beklagten vor dem Hintergrund ihrer Mitwirkungsverweigerung nicht umzustossen, weil nicht zwingend von dessen Vollständigkeit betreffend das Jahr 2020 auszugehen ist. Es kann deshalb auch dahingestellt bleiben, ob dieser aktualisierte Auszug bereits im vorinstanzlichen Verfahren hätte erhältlich gemacht werden können und müssen (vgl. Art. 317 Abs. 1 ZPO; Urk. 49 S. 17 f.). Auf die Einvernahme der von der Beklagten offerierten Zeugen (vgl. Urk. 18 S. 2) beantragte die Klägerin vor Vorinstanz mit ihrer Eingabe vom 4. November 2021 in Wiedererwägung der Beweisverfügung vom 7. Mai 2021 zu verzichten. Es erscheine aufgrund der Aussagen der Klägerin ausgeschlossen, dass die drei Zeugen zum angerufenen Thema etwas zu Gunsten der Beklagten aussagen würden (Urk. 45). Wie die Beklagte richtig dafürhält (vgl. Urk. 56 S 14), ist die Klägerin darauf zu behaften (Art. 52 ZPO) und kann nunmehr im Berufungsverfahren nicht

- 26 - mit ihren vorinstanzlichen Ausführungen in Widerspruch stehend die Befragung der Zeugen verlangen (vgl. Urk. 49 S. 19). Beweismässige Weiterungen erübrigen sich damit mit der Vorinstanz, welche dafürhielt, dass der Beklagten bereits aufgrund der ungenügenden Bestreitungen und der Mitwirkungsverweigerung der Klägerin der ihr obliegende Hauptbeweis gelinge (Urk. 50 S. 11), und damit ausführte, weshalb sie letztendlich auf die Befragung der Zeugen verzichtete (vgl. Urk. 49 S. 19, Rz. 55). Im Übrigen kann sich die Klägerin ohnehin nicht zu ihren Gunsten auf die Abnahme der von der Beklagten anbotenen Hauptbeweismittel berufen. Und sollte sie in der Berufungsschrift die (schriftliche) Befragung der Zeugen im Sinne eines eigenen Beweisanspruchs verlangen (vgl. Urk. 49 S. 3), wäre die Beweisofferte verspätet (Art. 317 Abs. 1 ZPO). e) Zusammengefasst hat die Vorinstanz nach dem Gesagten eine korrekte Beweiswürdigung vorgenommen und die (Lohn-)Klage alsdann zu Recht abgewiesen. Die Berufung der Klägerin ist dementsprechend abzuweisen und der angefochtene Entscheid zu bestätigen. D. Kosten- und Entschädigungsfolgen Das erst- und das zweitinstanzliche Verfahren sind kostenlos (Art. 114 lit. c ZPO). Im vorinstanzlichen Verfahren obsiegte die Klägerin mit Bezug auf das Arbeitszeugnis (dessen Streitwert praxisgemäss einen Monatslohn beträgt). Ausgangsgemäss (Art. 106 Abs. 2 ZPO) schuldet sie der Beklagten eine auf einen Drittel reduzierte Parteientschädigung. Diese setzte die Vorinstanz auf Fr. 2'165.- (mangels Antrags ohne Mehrwertsteuerzuschlag) fest (Urk. 50 S. 14, 16, Dispositivziffer 4). Dies und insbesondere die Höhe der Parteientschädigung blieb (für den Fall der Abweisung der Berufung) unangefochten (Urk. 49 S. 3, 23), weshalb es dabei bleibt. Im Berufungsverfahren unterliegt die Klägerin und wird entsprechend entschädigungspflichtig (Art. 106 Abs. 1 ZPO). Ausgehend vom Streitwert in der Höhe von Fr. 18'800.- brutto ist die volle Parteientschädigung auf Fr. 2'480.- festzulegen (§ 4 Abs. 1, § 11 Abs. 1 und § 13 Abs. 1 und 2 AnwGebV). Ein Mehrwertsteuerzu-

- 27 - schlag ist mangels Antrags nicht geschuldet (Urk. 56 S. 2, 16; ZR 104/2005 Nr. 76). Es wird beschlossen:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.